

EDITORIAL



LIEBE LESERINNEN UND LESER, der neue Landtag hat nun auch seine inhaltliche Arbeit aufgenommen. Im März haben wir im Plenum unter anderem die Themen Mindestlohn, Infrastruktur, Haushalts- und Finanzpolitik, Trinkwasserversorgung und Gleichstellung homosexueller Paare bearbeitet.

Für mich besonders wichtig ist zudem die Humanisierung des Ausländer- und Flüchtlingsrechts in Niedersachsen. Innenminister Boris Pistorius hat bereits die ersten Schritte des angekündigten Paradigmenwechsels in diesem Bereich vorgenommen. Er hat Schluss gemacht mit dem unseligen Auseinanderreißen von Familien bei Abschiebungen. Wenn Abschiebungen unvermeidlich sind, finden sie nicht mehr bei Nacht und Nebel statt. Zudem lässt sich der Minister jeden Fall persönlich vorlegen. Und eine andere Sache hat er schnell umgesetzt: An Asylsuchende müssen nicht mehr zwangsweise diskriminierende Wertgutscheine ausgegeben werden. Den Kommunen steht es nun frei, den entsprechenden Wert in Bargeld auszahlend. Rot-Grün redet nicht nur von einer neuen Ausländerpolitik, wir machen sie.

SPD und Grüne haben im März auch den ersten Gesetzentwurf vorgelegt. Wir führen die Stichwahl auf kommunaler Ebene wieder ein. Durch ihre Wiedereinführung gilt wieder das Prinzip, wonach eine gewählte Person die absolute Mehrheit der Wählerinnen und Wähler auf sich vereinigen muss. Wir stärken mit diesem Schritt die Demokratie in Niedersachsen.

Herzlichst Eure

Johanne Modder

Johanne Modder
Vorsitzende der SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag

MINDESTLÖHNE SICHERN SOZIALEN FRIEDEN

Rot-Grün legt im Landtag gemeinsamen Vorstoß vor

SPD und Grüne im Niedersächsischen Landtag haben im März-Plenum des Parlaments einen gemeinsamen Entschließungsantrag zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns eingebracht. Bereits im Vorfeld hatte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Gerd Will, Schwarz-Gelb für deren unein-

Altersarmut programmiert ist«, sagte Will. Ohne Mindestlöhne sei der soziale Friede in Deutschland gefährdet.

Der SPD-Abgeordnete und Wirtschaftsexperte Ronald Schminke ging bei der Landtagsdebatte am 14. März mit CDU und FDP hart ins Gericht. »Wenn mehr als 80 Prozent im Dienstleistungssektor, z.B.



Ging mit CDU und FDP hart ins Gericht: Ronald Schminke.

sichtige Haltung scharf kritisiert. »Union und FDP sind unfähig, aus ihren eigenen Erkenntnissen die richtigen Schlüsse zu ziehen. Anstatt der Tatsache, wonach rund vier Millionen Menschen in Deutschland für Stundenlöhne unter sieben Euro arbeiten müssen, ins Auge zu sehen und zu begegnen, streicht man diese Passage lieber aus dem aktuellen Armutsbericht der Bundesregierung heraus«, kritisierte Will.

Selbst ein Bundesratsbeschluss von Anfang März zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro lasse die Bundesregierung ungerührt. Vor diesem Hintergrund sei es der Gipfel des Zynismus, wenn die Bundesregierung auf ihrer eigenen Internetseite den Armutsbericht mit dem Slogan überschreibe »Arbeit schützt am besten vor Armut«. »Das ist eine Verhöhnung der Millionen von Beschäftigten im Niedriglohnsektor, die von ihrer Arbeit allein nicht leben können und für die

im Friseurhandwerk, im Taxigeschäft, in der Gastronomie, in Wäschereien, in der Pflege, im Kosmetikbereich und im Wachdienst, in den Niedriglohnbereich fallen, wenn wir immer weniger Abgrenzung zur Sittenwidrigkeit feststellen und wenn wir diese Armutslöhne seit 2005 mit mehr als 50 Milliarden Euro subventioniert haben und wenn CDU und FDP an diesen unhaltbaren Zuständen immer noch nichts ändern wollen, dann müssten Sie sich einmal die Frage stellen, ob Sie noch berechtigt in diesem Parlament sitzen.«

Ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro wäre für mehr als fünf Millionen Menschen bereits eine deutliche Einkommensverbesserung. Auch der Staat würde mit geschätzten sieben Milliarden Euro durch den Wegfall von Aufstockerleistungen profitieren. »Darum ist ein Mindestlohn gut für die Wirtschaft, gut für uns alle und insbesondere Balsam auf die Wunden der Betroffenen«, sagte Schminke. ■ ore

Den Gesetzentwurf »Den Niedriglohnsektor zurückdrängen – Initiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unterstützen« (Landtagsdrucksache 17/28) finden Sie in der Rubrik »Unsere Arbeit/Reden und Anträge« auf www.spd-fraktion-niedersachsen.de

ROT-GRÜN FORDERT GLEICHSTELLUNG FÜR HOMOSEXUELLE

Landtagsfraktionen unterstützen Bundesratsinitiative aus Hamburg und Mainz

Jüngst stellte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe fest, dass Homosexuelle die Adoptivkinder ihrer Partner ebenfalls adoptieren dürfen. Zuvor hatte das höchste Gericht bereits in mehreren Urteilen die Benachteiligungen von eingetragenen Lebenspartnerschaften gegenüber der Ehe gerügt. Die CDU nahm dies zum Anlass über ihre veralteten Familienbilder nachzudenken, jedoch ohne Erfolg: Sie bleibt fernab der Realität und verhaftet in der Familienpolitik der 1950er Jahre.

Die SPD-Fraktion fordert hingegen in einem gemeinsamen Antrag mit den Grünen die neue Niedersächsische Lan-

desregierung dazu auf, sich auf Bundesebene für eine vollständige Gleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft einzusetzen. Stephan Weil hat derweil erklärt, dass sich Niedersachsen der Initiative der Bundesländer Rheinland-Pfalz und Hamburg zur Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften im Bundesrat anschließen wird.

Der Gesetzentwurf soll die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare öffnen, die dann die gleichen Rechte und Pflichten wie heterosexuelle Ehepaare hätten. Detailregelungen für eingetragene Lebenspartnerschaften wären

damit überflüssig. Bisher gibt es in Deutschland für homosexuelle Paare nur die eingetragene Partnerschaft, die 2001 unter der damaligen rot-grünen Bundesregierung eingeführt wurde. Sie wird heute weithin als »Homo-Ehe« bezeichnet. Gegenüber der Ehe sind eingetragene Partnerschaften in einer Reihe von Rechtsbereichen noch immer benachteiligt. Dies betrifft in erster Linie das Steuer- und Adoptionsrecht. So werden eingetragene Lebenspartnerinnen und -partner, obwohl sie die gleichen Pflichten wie Eheleute haben, im Steuerrecht wie Ledige behandelt. ■ JM

FRAKTION IN AKTION

Zu den Aufgaben der Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion gehören das Zuhören und die Kontaktpflege. Nur wer das Gespräch sucht, sein Ohr buchstäblich am Puls der Zeit hat, kann eine Politik verfolgen, die den Bedürfnissen der Menschen und den Erfordernissen der modernen Zeit gerecht wird. Auf dieser Seite möchten wir ein paar Aktionen der SPD-Fraktion der vergangenen Wochen in Bildern dokumentieren. ■



Am 7. März besuchte SPD-Fraktionschefin Johanne Modder (Mitte) gemeinsam mit mehreren Fraktionskolleginnen und -kollegen die weltgrößte Messe für Informationstechnik CeBIT in Hannover. Ihr Rundgang führte sie auf den niedersächsischen Gemeinschaftsstand »IT@Mittelstand«, wo sie unter anderem Gespräche mit dem Geschäftsführer des Unternehmens HR4YOU aus Großefehn, Konrad Schlebusch (links), führte. Die Firma gehört zu den führenden Anbietern von Softwareanwendungen im Bereich Bewerber- und Talentmanagement. Begleitet wurde Modder von (von rechts) Ulf Prange, Silke Lesemann, Matthias Möhle und Karsten Becker.



Angeregte Gespräche führte SPD-Fraktionschefin Johanne Modder auf der CeBIT auch auf dem Stand der Norics GmbH. Seit 1986 ist die Firma aus dem ostfriesischen Norden im Bereich Entwicklung von Warenwirtschaftssystemen aktiv. Die Firma wirbt mit den Begriffen Zuverlässigkeit, Innovationsfreude und Qualitätsbewusstsein. Das passt gut zu unserer Fraktion.

Am 12. März stellte sich Herwig van Nieuwland (Mitte) der SPD-Fraktion vor. Der Präsident des Obergerichtshofes Lüneburg ist seit 2006 ehrenamtlich tätiger Vizepräsident des Staatsgerichtshofes. Auf Vorschlag der SPD-Fraktion wurde van Nieuwland am 13. März vom Landtag zum neuen Präsidenten des Staatsgerichtshofes gewählt. Er löst den Osnabrücker Juraprofessor Jörn Ipsen ab, dessen Amtszeit ausläuft.



Impressum

Herausgeber: SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Verantwortlich: Dr. Cornelius Schley, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen
Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Jana Melching, Johanne Modder, Olaf Reichert, Sven Wieduwilt
Fotos: Olaf Reichert
Redaktionsschluss: 14.03.2013
Redaktion: Olaf Reichert, olaf.reichert@lt.niedersachsen.de
Anschrift: Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover
 www.spd-fraktion-niedersachsen.de
Layout & Satz: Anette Gilke
 mail@AnetteGilke.de